

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 35 (1994)  
**Heft:** 13

**Artikel:** Der beschwerliche Übergang zur Demokratie : Bulgarien - ein fast vergessenes Land auf dem Balkan  
**Autor:** Tourdanov, Dimtcho  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092914>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Bulgarien — ein fast vergessenes Land auf dem Balkan

# Der beschwerliche Übergang zur Demokratie

Die Welle der Umwandlung in Osteuropa im Herbst 1989 erreichte auch Bulgarien. Am frühen Morgen nach dem Fall der Berliner Mauer, dem 10. November, kündigte die Parteispitze in Sofia zu aller Überraschung an, dass sie sich vom langjährigen Staats- und Parteichef, Todor Schivkov, trennt. Ob der 10. November wirklich als ein Tag der Wende gilt, ist heute durchaus fraglich und in vieler Hinsicht umstritten.

Die politischen Ereignisse in den nachfolgenden Jahren und vor allem die Haltung der ehemaligen kommunistischen Partei deuten unzweideutig darauf hin, dass es sich um ein ziemlich gut vorbereitetes Szenario gehandelt hat, dessen Ziel die Machterhaltung in Staat und Gesellschaft war. Die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch der Parteidiktatur wurden von breiten Teilen der Bevölkerung bejubelt und, so paradox es klingen mag, auch von treuen Mitgliedern der kommunistischen Partei gutgeheissen. Schliesslich war das ja eine Sache ihrer eigenen Partei.

## Ernüchterung nach grossen Hoffnungen

Nun, die Jahre der Freude und grossen Hoffnungen sind längst vorbei. Es kamen Erschütterungen sozialer, politischer und auch persönlicher Natur. Ständig steigende Arbeitslosigkeit und Inflation, verursacht durch den raschen Zusammenbruch staatlicher Betriebe, wuchernde Kriminalität und das Unvermögen der Polizei, damit fertigzuwerden, sind einige der schlimmsten Übel, die der durchschnittliche Bulgare in seinem Alltag zu bewältigen hat.

Im folgenden soll versucht werden, die wichtigsten Konfliktquellen in der Wirtschaft, im politischen System und in den ethnisch-religiösen Verhältnissen darzustellen. Einige von ihnen sind geschichtlich-kultureller Natur und setzen eine eingehendere Auseinandersetzung mit der Geschichte Bulgariens voraus. Es sei hier auch kurz vermerkt, dass ein Grossteil der Bulgaren jüngeren Alters und unter kommunistischer Herrschaft aufgewachsen ist.

## Ruinöses kommunistisches Erbe

Die Wirtschaft wurde von der über 40 Jahre regierenden kommunistischen Politik der Kommandowirtschaft ruiniert zurückgelassen. Diese Kommandowirtschaft zeichnete sich vorwiegend durch die Zwangsmethoden aus, mit denen das Erwirtschaften eines Nationalproduktes über Jahre hinweg in einem minimalen Ausmass gesichert wurde. Konkurrenzfähigkeit und wirtschaftliche Flexibilität waren nicht angesagt, ja wurden als verächtlich angesehen und stark begrenzt.

Das Erbe dieser kommunistischen Misswirtschaft ist als schlecht einzuschätzen. Das Land hat im Vergleich zu den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks die höchsten Schulden pro Kopf der Be-

## Dimtcho Tourdanov

Der 34jährige Autor stammt aus Bulgarien und ist Doktorand am Soziologischen Institut der Universität Zürich. Als Oberassistent im Fach Soziologie/Politikwissenschaft an der Universität Sofia erhielt er 1992 ein Stipendium der Eidg. Stipendienkommission für ausländische Studenten zugesprochen.

völkerung geerbt. Der grösste Teil der staatlichen Betriebe wurde in desolatem Zustand hinterlassen. Diese Betriebe sind auch heute noch nicht konkurrenzfähig und auf Subventionen durch den Staat angewiesen, um zumindest ein Minimum des Innenbedarfes des Landes decken zu können.

Ein weiterer Grund für die heutige Subventionierung liegt im Bestreben, Arbeitsplätze zu erhalten. Die Arbeitslosenquote ist ohnehin sehr hoch, so dass es für den Staat keinen grossen Unterschied macht, ob die Arbeitslosigkeit direkt in nicht rentablen Betrieben finan-

Die politischen Ereignisse nach der Wende und vor allem die Haltung der ehemaligen kommunistischen Partei deuten unzweideutig darauf hin, dass es sich um ein ziemlich gut vorbereitetes Szenario gehandelt hat, dessen Ziel die Machterhaltung in Staat und Gesellschaft war.

Das Erbe dieser kommunistischen Misswirtschaft ist als schlecht einzuschätzen. Das Land hat im Vergleich zu den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks die höchsten Schulden pro Kopf der Bevölkerung.

Die politische Lage Bulgariens ist konfliktreicher denn je in der Geschichte des Landes.

ziert wird oder durch die Arbeitsämter. Bulgarien ist eines der letzten Länder des ehemaligen Ostblocks, das mit seinen zahlreichen, aber noch nicht verwirklichten Privatisierungsprogrammen hinterherhinkt.

## Angst vor nötigen Reformen

Die Schuld dafür schiebt jede neue Regierung natürlich immer der abtretenden Regierung in die Schuhe. Auch die jetzige Regierung von Ljuben Berov, die sich als «Regierung der Privatisierung» anpries, hat bis jetzt so gut wie nichts für eine Privatisierung unternommen. Erstes Ergebnis dieser antimarktwirtschaftlichen Politik ist die rasch sinkende Produktion, so dass das Land immer mehr auf Kredite und Importe aus dem Ausland angewiesen ist.

Von dieser Politik des Nicht-privatisieren-Wollens oder -Könnens profitieren verfallene Firmen und Gruppierungen, deren Vermögen unklaren Ursprungs ist, natürlich am meisten. Eine der Ursachen für die Nichtprivatisierung liegt im mangelnden Nationalkonsens über die Art von deren Durchführung. So können sich die Parteien nicht einigen, wer die Reformen einleiten soll. Der Narzissmus der kleinen Unterschiede dieser Parteien spielt dabei die Hauptrolle. Die Wahrung eigener Parteiinteressen erlaubt es sehr oft nicht, parteiübergreifend die nationalen Dringlichkeiten für eine Modernisierung des Staates wahrzunehmen.

Was die wirtschaftliche Lage des Landes noch zusätzlich erschwert, ist das von der UNO gegen das ehemalige Jugoslawien verhängte Embargo. Bulgarien hat sich verpflichtet, sich an die Bedingungen der Blockade zu halten, ist aber in einem enorm hohen Mass auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu «Rest-Jugoslawien» angewiesen, und insbesondere auf die direkten Strassen nach Westeuropa. Die Verluste durch dieses Embargo belaufen sich auf mehrere Millionen US-Dollar.

## Schwierige Machtverhältnisse

Die politische Lage Bulgariens ist konfliktreicher denn je in der Geschichte

des Landes. Die neuentstandenen Parteien, deren Anzahl sehr hoch ist und die nicht selten nur eine symbolische Anzahl von Mitgliedern aufweisen, befinden sich in einem permanenten Streit untereinander, wobei die Unterschiede oft nur im Namen festzustellen sind. Trotzdem hat sich seit rund vier Jahren eine relativ stabile Konstellation des politischen Gefüges behaupten können: Die einstige kommunistische Partei, Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), und die Union der demokratischen Kräfte (UDK) als bürgerliche antikommunistische Koalition von Parteien und Bewegungen verschiedener politischer Richtungen.

Als dritte Kraft, freilich mit umstrittener Funktion und umstrittenem Ansehen, hat sich die Partei der türkisch-muslimischen Minderheit, aufgebaut auf ethnisch-religiösen Prinzipien, herauskristallisiert. Diese Partei, die sich als «Bewegung für Rechte und Freiheiten» (BRF) bezeichnet, scheint eine ziemlich unberechenbare Rolle zu spielen. Oft geht sie parlamentarische oder politische Bündnisse mit anderen politischen Parteien ein, allerdings nur solange sie daraus politische Vorteile ziehen kann. Mehrmals hat diese Bewegung bei parlamentarischen Abstimmungen dadurch das Zünglein an der Waage spielen können und damit wichtige Beschlüsse der früher regierenden Union der demokratischen Kräfte torpediert.

In jedem Fall gelang es dieser Bewegung, aus drohenden politischen Krisen jeweils als Gewinner hervorzugehen. Zu den politischen Methoden dieser Bewegung gehört in erster Linie das künstliche Schüren eines angeblich bevorstehenden ethnischen Konflikts zwischen der bulgarischen und der moslemischen Minderheit, nicht zuletzt aber auch das Unter-Druck-Setzen der eigenen politischen Partner. In Verruf geriet diese Bewegung nicht zuletzt auch wegen der immer lauter werdenden Vorwürfe ihrer unklaren Beziehungen zur Türkei und neuerdings wegen ihrer Teilnahme an Geschäften mit Firmen von zweifelhaftem Ruf.

Zurzeit arbeiten nur noch die sozialistische Partei und die prokommunistisch orientierte Regierung Berov mit dieser ethnisch orientierten Partei zusammen. Die Union der demokratischen Kräfte ist, nachdem sie mehrmals im Stich gelassen worden war, vorsichtiger geworden. Für manche Spitzenvertreter dieser Partei kommen künftige Bündnisse mit dieser Bewegung nicht einmal mehr in Frage, zumal sie von der sozialistischen Partei und der Bewegung für Rechte und Freiheiten Anfang 1993 zu Fall gebracht worden war.

**Die derzeit heikelste Frage ist, ob dem Präsidenten eine Gesetzgebungsinitiative zukommt oder nicht.**

## Offene institutionelle Fragen

Eine weitere Quelle politischer Konflikte sind die Beziehungen zwischen dem Präsidenten, der Regierung und dem Parlament. Die derzeit heikelste Frage ist, ob dem Präsidenten eine Gesetzgebungsinitiative zukommt oder nicht. Als Institution wurde der Präsident ursprünglich vor allem mit repräsentativen Funktionen betraut. Die soziale und politische Lage im Lande, aber auch das persönliche politische Engagement des jetzigen Präsidenten Schelev, machen es schwierig, eine strenge Abgrenzung der verfassungsmässigen Prärogativen des Präsidenten auszumachen.

Ein anderer permanenter Konflikt ist die Vergangenheit und die heutige Etablierung der ehemaligen kommunistischen Partei als relativ einflussreiche politische Kraft. Den politischen Neubeginn in Bulgarien stellten sich viele begeisterte Anhänger der demokratischen Umwandlung ohne diese in viele Verbrechen gegen das eigene Volk und die Menschlichkeit verwickelte Partei vor. Bis heute hat die ehemalige kommunistische Partei sich für die begangenen Verbrechen nicht entschuldigt oder wenigstens einen Teil davon zugegeben. Die Verwicklung auch heutiger Vertreter der Parteispitze in Geschäfte, in denen einstmals volkseigene Gelder in verschiedenen Firmen gewaschen wurden, ist so offensichtlich, dass die sozialistische Partei sich nicht einmal bemüht, die Vorwürfe zu widerlegen.

Weitere Quelle der politischen Konflikte bilden die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und der Regierung. Die

Streiks gehören seit der Wende zum Alltag der Bulgaren. Konflikte aber entfalten sich auch innerhalb sowie zwischen den beiden grossen rivalisierenden Gewerkschaften, der Gewerkschaft «Podkrepa» und der «Unabhängigen Bulgarischen Gewerkschaft».


## Klima der Intoleranz . . .

Für Konflikte sorgt auch ganz allgemein die mangelnde politische Kultur im Lande, die Toleranz im politischen Vokabular existiert nur noch auf dem Papier. Eine der Ursachen dieser intoleranten Atmosphäre innerhalb der grössten derzeit politischen Kraft in Bulgarien, der Union demokratischer Kräfte, liegt am nachgerade traditionellen Unvermögen, zwischen Person und dem von ihr bekleideten politischen Amt unterscheiden zu können. Weit verbreitet ist die Einstellung, dass die Person eines Politikers die Institution ausmache und mit dem Rücktritt eines Politikers auch das Amt eingehe. Diese Haltung ist allerdings auch in der Vorkriegsgeschichte des Landes festzustellen, so dass es falsch wäre, dies nur der kommunistischen Herrschaft anzukreiden.

Schliesslich trägt auch noch ein weiterer Faktor zur Konflikthanfälligkeit des Landes bei, wenn auch nicht so deutlich wie die eben dargestellten: nämlich die Auseinandersetzung um eine mögliche Wiederherstellung der Monarchie. Viele denken heute aus Enttäuschung über In-

**Für Konflikte sorgt auch ganz allgemein die mangelnde politische Kultur im Lande, die Toleranz im politischen Vokabular existiert nur noch auf dem Papier.**

Fortsetzung Seite 18



ROMAIN KIRT / ADRIEN MEISCH (HRSG.)  
**DER ENTWURZELTE KONTINENT**  
EUROPA UND DIE NEUE WELTORDNUNG

ECON

Bestellcoupon

\_\_\_\_\_ Ex. **Der entwurzelte Kontinent** à  
Fr. 44.80 + Versandkosten

Bitte senden an SOI, z. H.  
Herrn Ueli Stump, Jubiläumsstr. 41,  
3000 Bern 6

**Name:** \_\_\_\_\_

**Vorname:** \_\_\_\_\_

**Adresse:** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Datum, Unterschrift:** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

kompetenz, Korruption und den Eigennutz der Politiker über die Vorteile einer Monarchie nach.

## ... Wiederherstellung der Monarchie als Alternative?

Bulgarien ist in seiner Geschichte länger monarchisch regiert worden als republikanisch. Die Republik wurde ja von einer fremden Besatzungsmacht aufgezwungen und setzte sich zu Anfang mit Greueln gegen den Willen des Volkes durch. Für viele Menschen der älteren Generation ist eine eventuelle Wiederherstellung der Monarchie nicht nur Hoffnung im trostlosen Alltag, sondern auch ein Stück Nostalgie.

Nicht zuletzt sind auch die Rolle des 1947 durch ein vorgetäushtes Referendum entmachteten und heute in Spanien lebenden Exkönigs, Simeon, und dessen aktives Engagement für sein Land zu erwähnen. Er hat ein unleugbares Charisma und verfügt über die für einen Politiker so wichtigen Eigenschaften wie Kompetenz und Toleranz, die viel zur Attraktivität einer monarchischen Verfassung beitragen.

## Fehlen einer politischen Elite

Einer der wichtigsten Gründe für das Anwachsen sozialer Spannungen bleibt das Problem der Kriminalität, wobei nur schwer zwischen der herkömmlichen Kriminalität und der politischen Regierungskriminalität unterschieden werden kann. Die Fälle herkömmlicher Kriminalität sind relativ leicht zu ermitteln, während jene, in der Politiker involviert sind, naturgemäss viel schwieriger aufgeklärt werden können. Und selbst dort, wo genügend Beweismaterial vorlag, um ein gesetzmässiges Vorgehen der Staatsanwaltschaft zu ermöglichen, waren die Konsequenzen meist nur symbolischer Art.

Ein eigenartiges Verständnis der Staatsraison hat in Bulgarien Vorrang vor persönlicher Verantwortung und politischer Moral. Diese Tatsache ist meines Erachtens auch darauf zurückzuführen, dass nach der Wende der Zugang zur Politik nicht durch eine ordentliche Auslese geregelt werden konnte. Das Fehlen einer politischen und intellektuellen Elite, die sich in der Politik einsetzen würde, ist heute spürbarer denn je.

Der Fortbestand einer politischen Elite ist in der Geschichte des Landes schon einige Male unterbrochen worden. Einmal mit unabsehbaren Folgen durch die Eroberung und die nachfolgende Assimilationspolitik des osmanischen Rei-

ches und in der Nachkriegsgeschichte durch die Säuberung der kommunistischen Regierungen nach Moskauer Modell, bei denen allein in den fünfziger Jahren der Grossteil der Intelligenz und der politischen Klasse, die nicht vor dem Herannahen der sowjetischen Truppen flüchteten, ermordet oder in Straflagern umgekommen ist. Die letzte Welle der Beseitigung der alten Elite des Landes erstreckte sich bis in die jüngste Zeit, weil nur regimetreue Bulgaren nach ihrer Ausbildung Zugang zu leitenden Ämtern erhielten.

## Delikates Verhältnis zum Ausland

Die gegenwärtige Aussenpolitik Bulgariens zeichnet sich durch Neutralität aus, und die betrifft insbesondere die gegenwärtige komplexe Lage, die durch den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina entstanden ist. Heikel ist die Situation aber auch wegen der äusserst delikaten Beziehung Bulgariens zu Mazedonien angesichts des Konflikts zwischen Griechenland und jenem neuen Staat auf dem Balkan. Die derzeit gültigen Grenzen zu den Nachbarländern werden in der gegenwärtigen Aussenpolitik anerkannt und sind (vorläufig jedenfalls) kein Anlass für Auseinandersetzungen.

## Korruptierte Kirche

Zu religiösen Spannungen ist es seit der Wende innerhalb der orthodoxen Kirche Bulgariens gekommen. Andererseits gibt es auch Konflikte zwischen der christlichen Bevölkerung und der sich als Moslems bezeichnenden Minderheit der Türken. Die orthodoxe Kirche hat stark an Glaubwürdigkeit verloren, nachdem bekannt wurde, dass sie und einige ihrer Priester während der kommunistischen Herrschaft mit dem offiziellen Sofia zusammengearbeitet hatten.

Enthüllungen jüngster Zeit belegen sogar, dass orthodoxe Priester nicht nur zu Denunzianten für das Regime wurden, sondern auch mit dem Segen der Geheimdienste als Priester geweiht worden sind. Die Synode der bulgarischen orthodoxen Kirche ist in zwei verfeindete Lager gespalten, wobei jede der beiden die Legitimität der anderen Seite bestreitet. Durch diesen Zwist ist die Kirche so gut wie lahmgelegt, so dass sie nicht einmal imstande ist, sich gegen die massenweise ins Land strömenden Sekten verschiedener Provenienz zu wehren.

## Schwieriges Verhältnis zur Türkei

Konfliktträchtig ist auch das Verhältnis zwischen der christlichen Bevölkerung

Die politische Elite ist dem Land verlorengegangen: einmal durch die Eroberung und die nachfolgende Assimilationspolitik des osmanischen Reiches und in der Nachkriegsgeschichte durch die Säuberung der kommunistischen Regierungen nach Moskauer Modell.

Enthüllungen jüngster Zeit belegen, dass orthodoxe Priester nicht nur zu Denunzianten für das Regime wurden, sondern auch mit dem Segen der Geheimdienste als Priester geweiht worden sind.

Belastet sind die Beziehungen zur Türkei durch den 1989 begonnenen staatlichen Exodus der Türken aus Bulgarien.

## Nochmals zu Fritz Platten

Im letzten «zeitbild» haben wir den Auszug aus einem sowjetischen Deutschlehrbuch gebracht, in dem behauptet wurde, dass Fritz Platten an der Kremllauer in Moskau beigesetzt worden sei. Neben der Tatsache, dass das Schicksal Plattens als Opfer des Sowjetkommunismus verschwiegen wurde, verdient festgehalten zu werden, dass Fritz Platten am Waldrand in der Nähe des Lagers Oleglag bei Njandoma zwischen Archangelsk und Wolgoda ganz einfach «verscharrt» wurde.

und der muslimischen Minderheit der Türken. Ein gutes Zeichen in dieser aus geschichtlicher Sicht durch die Vorherrschaft des osmanischen Reiches heiklen Situation stellt die gegenwärtige Aussenpolitik des Landes gegenüber der Republik Türkei dar.

Sie zeichnet sich durch intensive wirtschaftliche, handels- und politische Beziehungen aus. Bulgarien und die Türkei stehen sich seit wenigen Jahren nicht mehr als Erzfeinde gegenüber, nachdem die türkische Sprache seit November 1991 offiziell anerkannt wurde. Belastet sind die Beziehungen aber nach wie vor durch den 1989 begonnenen und von Sofia praktisch aufgezwungenen Exodus der Türken aus Bulgarien.

Spannungen gibt es auch im Verhältnis zur Minderheit der Sinti und Roma. Ihr Verständnis von Ordnung, Toleranz, gesetzmässigem und loyalen Verhalten in der Gesellschaft ist für andere Volksgruppen in Bulgarien eine Herausforderung. Von einer systematischen Benachteiligung dieser ethnischen Gruppe seitens der offiziellen Behörden kann aber nicht gesprochen werden. Unter der kommunistischen Herrschaft genoss diese Gruppe sogar die Gunst der herrschenden Partei.

Das sind die heute akutesten Konfliktquellen, die die Modernisierung des Landes erschweren und Zeichen einer noch unsicheren Zukunft setzen.

*Dimtcho Tourdanov*